



Die aktuellen Streiks in Sachsen haben die Aufmerksamkeit vieler auf sich gezogen und verdeutlichen die zunehmende Unzufriedenheit vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Streiks in verschiedenen Branchen, von Bildungseinrichtungen über Betriebe bis hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln, werfen ein Licht auf die Herausforderungen, mit denen Menschen konfrontiert sind, insbesondere im Kontext von Arbeitsbedingungen und Lohnstrukturen. Wir kennen diesen Vorgang gemeinhin als Transformationsprozess. Der Streik ist oft das letzte Mittel, auf das zurückgegriffen wird, um ihre Forderungen nach angemessenen Arbeitsbedingungen und gerechten Löhnen zu verdeutlichen. In Sachsen sind diese Forderungen in den letzten Jahren lauter geworden, da die Lebenshaltungskosten steigen, während die Löhne nicht entsprechend mitwachsen.

Insbesondere im Bildungssektor fordern Lehrkräfte bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung für ihre wichtige Arbeit, die oft unterbewertet wird. Gute Arbeitsbedingungen sind die elementare Grundlage der Wertschätzung – etwas, wofür wir als Linke an der Seite von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie den Gewerkschaften stehen.

Nur wie sieht es mit der Wertschätzung von ehrenamtlicher Arbeit in Parteien, insbesondere in unserer Partei, aus? Viele Menschen engagieren sich freiwillig in politischen Organisationen, um zur Gestaltung der Gesellschaft beizutragen und demokratische Prozesse zu fördern. So auch bei uns.

Sie tun dies neben ihrem Hauptamtlichen Beruf, auch wenn dieser manchmal im politischen Kontext sein mag, neben Familie und ihrem sozialen Umfeld. Genau deswegen ist diese ehrenamtliche Arbeit von unschätzbarem Wert für das Funktionieren einer Demokratie, da sie eine breite Beteiligung ermöglicht und verschiedene Perspektiven einbringt, ohne dafür einen Lohn im herkömmlichen Sinne zu erwarten. Jedoch wird oft die ehrenamtliche Arbeit in politischen Parteien nicht angemessen gewürdigt. Oftmals sind die Parteien von internen Machtkämpfen und einem schlechten Umgang miteinander geprägt. Arbeiten werden überkritisch gesehen, ohne über die Umstände und den Aufwand Bescheid zu wissen. So zuletzt wiederholt im Zuge der Kreiszeitung geschehen. Statt gemeinsam an Lösungen zu arbeiten und sich gegenseitig zu wertschätzen, um die Gesellschaft voranzubringen, kommt es zu Streitigkeiten und einem Mangel an Zusammenarbeit. Dies führt nicht nur zu einer Entwertung der ehrenamtlichen Arbeit und Demotivation von Parteimitgliedern, sondern auch zu einem Verlust an Vertrauen in die politischen Institutionen. Manchmal habe ich das Gefühl, man hat sich an diesen innerparteilichen Umgang gewöhnt, und es fehlt an Sensibilität und Problembewusstsein. Ich stelle mir solch einen zwischenmenschlichen Umgang bei einem Verein oder in einer Sportmannschaft vor. Würde das lange gut gehen? Es ist wichtig, diese Verbindung zwischen den aktuellen Streiks in Sachsen und der Wertschätzung von ehrenamtlicher Arbeit in politischen Parteien herzustellen. Daher haben wir uns als Redaktion für eine Sonderausgabe – eine Streikausgabe – entschieden. Denn beide Themen zeigen, dass es in unserer Gesellschaft an Anerkennung und Respekt für die Arbeit der Menschen mangelt, sei es in einem bezahlten oder ehrenamtlichen Kontext.

Es ist an der Zeit, diese Probleme anzugehen und sicherzustellen, dass alle Menschen fair behandelt und für ihre Beiträge zur Gesellschaft geschätzt werden. Nur so können wir eine gerechtere und solidarischere Gesellschaft aufbauen.

Frank Dittrich

Kreisvorsitzender DIE LINKE Zwickau



Betriebsversammlung bei Unilever(Knorr) in Auerbach

Es ist der 30.03.2024 - im Uni-Klinikum Jena wird gestreikt. Ca. 100 Ärzte und Ärztinnen folgten dem Aufruf des Marburger Bundes zum Warnstreik zwischen 08:00Uhr und 12:00Uhr. Am gleichen Tag streikten auch nicht-ärztliche Mitarbeiter:innen der Hufelandkliniken an den Standorten Bad Langensalza und Mühlhausen. (1)

Was bedeutet das? Bei den zunehmenden Streiksituationen im Bereich Gesundheitswesen muss man meiner Meinung nach folgenden Hintergrund betrachten:

In den letzten Jahren haben sich die teils menschenunwürdigen Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen drastisch verschärft. Allein auf Grund von Wirtschaftlichkeit und dem Druck der Gewinnmaximierung, werden bspw. Inkontinenzprodukte immer strenger und restriktiver zugeteilt. Pro Person und Monat gerechnet, lässt sich hier vermeintlich unkompliziert und auch lukrativ eine entsprechende Einsparung erreichen. Gut, das betrifft in erster Linie „nur“ die Patient:innen - was hat das mit den Streiks zu tun? Ärztliches Personal sowie Pflegekräfte üben einen sozialen Beruf aus - überwiegend aus einer Leidenschaft heraus. Sie arbeiten gern an und mit Menschen. Sie wollen im Grunde das Beste für die ihnen anvertrauten Pflegeempfänger:innen erreichen. Was macht es mit einem Menschen, wenn das System, in dem man arbeitet, dieses ethisch-moralische Grundziel nicht zulässt? Des Weiteren wird vor dem Hintergrund der angesprochenen, kapitalistischen Gewinnorientierung seit Jahren an medizinischem Personal gespart. Auf den meisten Stationen werden so in der Tagschicht von einer Pflegeperson ca. 10 Patient:innen betreut, in der Nachtschicht sind es dann zwischen 20 und 30 Pflegeempfänger:innen pro Pflegefachkraft (ausgenommen sind hier Intensivstation, Neonatologie, Pädiatrie und Neurologie). Selbst im Bereich der Herzchirurgie ist es legitim tagsüber 7 und nachts 15 Patient:innen durch eine Pflegekraft betreuen zu lassen. (2)

Diese eingeführten Personaluntergrenzen sind längst zum Normalzustand geworden.

Da ist es am Ende nicht verwunderlich, dass die Unzufriedenheit des Personals wächst, wenn man einerseits nicht weiß, wie man den Arbeitsumfang umsetzen soll und andererseits immer wieder gezwungen wird, seinen moralischen Kompass zu verlassen. Die Beschäftigten im Gesundheitswesen haben in ihrem Arbeitsalltag selten ein Kohärenzgefühl - die meisten Situationen vereinen also nicht die Gefühle von Verstehbarkeit, Sinnhaftigkeit und Handhabbarkeit. Es kommt zu Überlastungs- und Überforderungssymptomen, die am Ende messbare Fehler am Menschen oder sogar reale Gewalt bedeuten. Viele Jahre lang hat das medizinische Personal keine großen Streikaktionen realisiert, denn im Raum stand immer eine mögliche Patientengefährdung - lange hat man sich dadurch erpressbar gefühlt. Dass das pflegerische und ärztliche Personal seit einiger Zeit doch vermehrt streikt, zeigt also umso mehr, wie hoch der Leidensdruck geworden ist. Der Systemrahmen, in dem man im Gesundheitswesen arbeiten muss, ist zu eng geworden. Längst ist nicht mehr die Frage zu stellen, ob das Gesundheitswesen kollabiert - nein, wir stecken mittendrin. Die Frage ist: wie weit muss das Gesundheitswesen noch zu Grunde gehen, bevor die Politik aber auch wir als Gesellschaft die Notwendigkeit verspüren, nachhaltige Veränderungen anzugehen. Wenn wir genau hinschauen und hinhören würden, bemerkten wir, dass es in erster Linie um folgendes geht: um sozialverträgliche, biorhythmusorientierte Dienstplangestaltung, Abschaffung von 42-Stunden-Schichten (Ärzte:innen), mehr Personal für eine bessere Patient:innenversorgung, geregelte freie Tage, keine kurzen Wechsel, eine Grenze für Mehrarbeit und faire Urlaubsplanung. Damit geht es primär um mehr Wertschätzung und die grundlegende

Veränderung des Gesundheitssystems. Man bittet darum, die Personaluntergrenzen auch wirklich als Untergrenzen zu verstehen und nicht als gesetzte Norm. Doch warum sollte ein gewinnorientiertes Unternehmen mehr Personal einsetzen als unbedingt gesetzlich notwendig?

Natürlich geht es bei den Streiks auch darum, die Medizin- und Pflegeberufe attraktiver zu machen - dazu gehören selbstverständlich auch entsprechende Gehaltsforderungen. Anders als in anderen streikenden Branchen, steht dies jedoch nicht im Vordergrund. Aus persönlichen Gesprächen mit Mediziner:innen und Pflegepersonal kann ich folgendes bestätigen: die meisten würden auch auf Gehaltsanpassungen verzichten, wenn dafür mehr Personal eingestellt würde und sich die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbesserten.

Fazit: Die zunehmenden Streiks im Gesundheitswesen sind ein Alarmsignal und eine Hilfeschrei aller dort Bediensteter. Sie wollen nicht nur beklatscht, sondern gesehen und gehört werden. Wir alle werden realistisch gesehen auf Pflege und medizinische Versorgung angewiesen sein. Wir alle wollen ausgeruhte, konzentrierte Ärztinnen und Ärzte sowie freundliches, zugewandtes Pflegepersonal erleben - dafür müssen wir alle etwas tun. Im eingangs beschriebenen Streikbeispiel aus dem letzten Monat möchte ich abschließend folgendes positiv erwähnen: Die Linke hat sich mit den Beschäftigten solidarisiert. Das ist politisch gesehen unsere Aufgabe: Die Solidarität mit Streikenden sowie die klaren Forderungen nach Systemveränderung - gerade im Gesundheitswesen. Es kann nicht sein, dass mit Gebärenden, Neugeborenen sowie alten, kranken Menschen oder sogar Palliativpatient:innen ein Gewinn erwirtschaftet werden muss. Hier braucht es eine laute, starke, geeinte, linke Stimme für wirkliche Veränderung.

Quellen:

(1) <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/streik-krankenhaus-gesundheitswesen-gehalt-100.html> (2) <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/pflege/pflegepersonaluntergrenzen>

Persönlicher, nachdenklicher Kommentar:

Geht es uns am Ende nicht allen so, dass wir beruflich sowie privat gern wahrgenommen werden wollen? Ist es nicht ein Grundbedürfnis menschlicher Existenz einander zu sehen und zu hören? Dazu gehört das Zusehen und Zuhören - und zwar zum Zwecke des gegenseitigen Verstehens und nicht des „Etwas-Entgegen-Bringen-Könnens“. Fühlen wir uns geschätzt und verstanden, dann macht Miteinander auch Spaß. Es entsteht das im Beitrag beschriebene Kohärenzgefühl und damit Resilienz sowie intrinsische Motivation. Sollte uns dies im Ehrenamt bei der Partei Die Linke nicht grundsätzlich ausmachen, wo wir uns doch Solidarität und soziales Miteinander auf die Fahne schreiben?

Mirjam Dittrich

Mitglied des Kreisvorstandes
DIE LINKE Erzgebirge





Am gestrigen Montag, den 26. Februar 2024, hat Gregor Gysi gemeinsam mit Susanne Schaper und Stefan Hartmann die Streikenden bei SRW metalfloat in Espenhain besucht. Für die Streikenden war es der 111. Streiktag. In einer Rede zu den Beschäftigten kritisierte Gysi die Arbeitgeberseite deutlich: „Ihr müsst das durchstehen! Es nützt auch dem Arbeitgeber nichts, wenn die Belegschaft demotiviert ist.“

Gysi wird sich in den kommenden Tagen an die chinesische Botschaft und an die Geschäftsführung des Mutterkonzerns in Hongkong wenden, um sich für eine Aufnahme von Verhandlungen einzusetzen. „Gespräche sind das Mindeste. Ich werde mich dafür einsetzen, dass ihr wieder an den Verhandlungstisch kommt.“ kommentiert Gysi die Verhandlungsverweigerung der Konzernleitung.

Susanne Schaper und Stefan Hartmann, Landesvorsitzende von Die Linke Sachsen, weiter: „Die Beschäftigten leisten Großes. Wir werden als Linke den Streik weiter unterstützen. So lange, bis es einen Tarifvertrag gibt. Die Verweigerung des Konzerns, sich auf Verhandlungen einzulassen, wirkt aus der Zeit gefallen. Die Beschäftigten brauchen gute Löhne, um gute Arbeit leisten zu können. Das muss auch der Konzern erkennen. Wem die Altersarmut im Nacken sitzt, dem

dem bleibt nur der Streik.“

Neben dem Druck der Beschäftigten braucht es auch ein deutliches Signal aus der Politik. Wir freuen uns, dass wir mit Gregor Gysi einen starken Mitstreiter gewinnen konnten.“

Gregor Gysi nutzte die Rede vor den Streikenden, um auch Forderungen an die Bundespolitik zu richten: „Ich verstehe nicht, wie es sein kann, dass Großkonzerne sich darum drücken angemessene Steuern auf ihre Gewinne zu zahlen. Wir sollten da auch in Deutschland endlich vernünftige Regeln umsetzen.“ Neben dem Stopfen von Steuerschlupflöchern schlug Gysi in Anlehnung an eine belgische Regelung eine automatische Anpassung von Löhnen an die Inflation per Gesetz vor.

Pressemitteilung vom 27.02.2024

Wo stehen wir?

Der Austritt von 10 Abgeordneten aus der Bundestagsfraktion hat zur Auflösung dieser geführt. Mit der Gründung der Sahara Wagenknechtpartei am 27. Januar 2024 ist die Trennung vollzogen, auch aus unserem Kreisverband der Linken sind jetzt Menschen Mitglied bei BSW und wirken dort bei der Neuaufstellung dieser Partei mit. Die Linke ist in einer schwierigen Lage. Insbesondere auf der Bundesebene haben einige lange gegen die eigene Partei gearbeitet. Die Trennung ist vollzogen, jetzt geht unser Blick nach vorn. Es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und zu lamentieren. Auch ist die Zeit der Suche nach den oder der Schuldigen vorbei. Wir müssen uns wieder Vertrauen erarbeiten, anders als BSW, welches irgendwie mit Vorschusslorbeeren überhäuft wird. Wir sollten weiterhin die Interessen der Mehrheit der Menschen im Blick haben, auch wenn manche böswillig das Gegenteil behaupten, wie ich es sehr häufig in Veröffentlichungen lesen darf. Die Behauptung, wir würden das nur für „ein bestimmtes Klientel“ machen, ist einfach nicht wahr. Die Linke in Sachsen ist alles andere als weltfremd und hat stets relevante Themen aufgegriffen.

Alle können nachlesen, womit sich die Landtagsfraktion seit 2019 befasst hat. Etwa 400 der bisher 500 Anträge und Gesetzentwürfe widmen sich Themen wie Löhne, Bildung, Gesundheit, Armut, Wohnen, Klimaschutz, Verkehr und Wirtschaft. Dagegen hat es etwa zum Thema Gendern keine einzige parlamentarische Initiative gegeben. Nur eine von mehr als 2000 Pressemitteilungen in dieser Legislatur hat sich auf geschlechtergerechte Sprache bezogen. Klar ist: Wir werden schlecht regiert, in Berlin und in Dresden. Es ist kein Wunder, dass die Leute unzufrieden sind. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat die extreme Rechte so stark Menschenwürde und Demokratie bedroht. Deswegen muss und wird Die Linke konsequent für Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und Antifaschismus einstehen und sei für die arbeitenden Menschen da: Standort- und Jobsicherheit, gute Arbeit und gute Löhne sind unser Ziel.

Klar ist: Wir werden schlecht regiert, in Berlin und in Dresden. Es ist kein Wunder, dass die Leute unzufrieden sind. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat die extreme Rechte so stark Menschenwürde und Demokratie bedroht. Deswegen muss und wird Die Linke konsequent für Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden und Antifaschismus einstehen und sei für die arbeitenden Menschen da: Standort- und Jobsicherheit, gute Arbeit und gute Löhne sind unser Ziel. Nicht nur seit den verschiedenen Kundgebungen und Demonstrationen der letzten Wochen ist für mich klar, dass viele Menschen eine offene Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit mit Demokratie und Vielfalt, in der die Menschenrechte für alle gelten, wollen. Sie wollen aber auch eine stabile Ordnung und wünschen sich Planbarkeit. Sie erleben derzeit aber einen Kontrollverlust, und viele greifen deshalb auf alte, teils, verklärte Ordnungen zurück. Somit hat die Vorstellung von geschlossenen Gesellschaften Hochkonjunktur. Das kann aber nicht das Ziel einer linken Partei sein. Unsere Aufgabe ist es, für einen funktionierenden Staat, für eine funktionierende Verwaltung einzutreten. Für eine Zukunft zu streiten, in der nicht Wenige viel besitzen, sondern die Vielen, die den Reichtum der Wenigen erarbeiten, auch davon angemessen und in Würde leben können. Unsere Arbeit, die wir als Oppositionsfraktion im Landtag geleistet haben, ist nicht umsonst. Opposition von links wirkt - wenn auch oft erst zeitverzögert. In Sachsen herrscht bis heute die Unkultur, dass die CDU und von ihr dominierte Bündnisse bislang alle Vorschläge der Opposition aus Prinzip ablehnen, so vernünftig diese auch sein mögen. Es kommt aber vor, dass die Regierung nach einiger Zeit selbst Maßnahmen ergreift, welche die Linke vorschlug.

Erinnern möchte ich an die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens, was am Ende die Gemeinschaftsschule ermöglichte. 2020 hat die Regierung diese Schulart schließlich geschaffen, auch wenn sie noch mit hohen Hürden für die Gründung versehen ist. Wir bleiben dabei: die Gemeinschaftsschule muss zur Regelschule werden. Auch der Reparaturbonus nach Thüringer Vorbild geht auf eine Forderung der Linken zurück. Seit 2020 hatten wir einen Runden Tisch zur Zukunft des Schulwesens gefordert. Inzwischen hat die Staatsregierung den Prozess ‚Bildungsland 2030‘ in Gang gesetzt. Unsere Forderung, Schulbudgets für externes Personal einzurichten, das die Lehrkräfte entlastet, wurde an bisher 400 Schulen umgesetzt. Außerdem wurde und wird die Lehramtsausbildung zunehmend regionalisiert. In der Pandemie hatten wir die Staatsregierung aufgefordert, den Kommunen digitale Gremiensitzungen zu ermöglichen, das wurde später mit der Novelle der Gemeindeordnung umgesetzt. 2023 hat der Rüstungskonzern Rheinmetall Abstand von seinen Plänen genommen, eine Pulverfabrik auf dem ehemaligen Militärflugplatz in Großenhain zu errichten. Der Protest, den auch wir im Landtag und vor Ort in Großenhain mitorganisiert haben, hat gewirkt. Wir konnten zudem dazu beitragen, dass das frühere Konzentrationslager Sachsenburg bei Frankenberg zur Gedenkstätte wird. Zudem haben wir erfolgreich eingefordert, dass die Regierung ihre Förderrichtlinien für den Wohnungsbau an die Realität anpasst. Im Jahre 2023 wurden angepasste und realistischere Förderkonditionen für den Sozialwohnungsbau erreicht, auch wenn es noch nicht ausreichend ist, der Anfang ist gemacht. Seit 2023 haben wir die Regierung gedrängt, ein Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum zu forcieren. In Gebieten mit Wohnraummangel soll die Zweckentfremdung durch touristische Vermietung und mehr als zwölfmonatigen Leerstand verboten oder eingeschränkt werden. 2023 wurde unser Gesetzentwurf dazu abgelehnt, jetzt hat der Landtag ein dementsprechendes Gesetz im Januar 2024 beschlossen.

Auf unseren Druck hin wurden Freiwilligendienstleistende in den Geltungsbereich des Bildungstickets aufgenommen. Mit wiederholten Vorschlägen – auch in der letzten Wahlperiode – konnten wir dazu beitragen, dass Sachsen endlich ein Integrationsgesetz bekommt, dass wird in den nächsten Monaten beschlossen werden. Auch wenn das vom Landtag verabschiedete Gleichstellungsgesetz weiterhin große Lücken aufweist, ist es auch unserem Druck zu verdanken, dass das „Frauenfördergesetz“ von 1994 inzwischen ersetzt wurde. Wir konnten zum Beispiel eine bessere finanzielle Ausstattung der Gleichstellungsbeauftragten erreichen. Auch in Sachen Gewaltschutz haben wir Fortschritte erreicht. Und, nicht zu vergessen: Aufgrund einer Klage, die Abgeordnete der Linksfraktion 2019 gemeinsam mit den Abgeordneten der damaligen Grünen-Fraktion eingereicht haben, hat der Verfassungsgerichtshof 2024 weite Teile des verschärften Polizeirechts in Sachsen verworfen und muss nun nachgebessert werden. Lassen wir uns also nicht einreden, wir würden nichts erreichen und wir würden nur für bestimmte Personengruppen Politik machen. Die aufgezeigten Beispiele machen das deutlich. Ich weiß, dass es Dankbarkeit in der Politik nicht wirklich gibt. Wir werden auch nicht für das gewählt, was wir getan haben, sondern dafür, was wir vorhaben zu tun und welche Aufgabe wir dabei von den Wählerinnen und Wählern zugewiesen bekommen. Ich kann da nur sagen, unser Ziel und unsere Aufgabe ist es, das soziale Gewissen im sächsischen Landtag und in Sachsen zu sein. Ohne uns werden bestimmte Themen aus dem Fokus der anderen Parteien, insbesondere wenn es um soziale Fragen geht, fallen. Deswegen gilt es jetzt: Kämpfen, kämpfen, kämpfen. Damit wir in viele Kommunalparlamente und in den Kreistagen vertreten sind und nach dem 1. September 2024 auch im Sächsischen Landtag wieder Politik mitgestalten.

Rico Gebhardt

Fraktionsvoritzender DIE LINKE im Sächsischen Landtag



Unsere Alternative heißt Solidarität

Der Parteivorstand von Die Linke hat sich – wahrscheinlich zufällig – am 27. Januar 2024 mit der Frage beschäftigt: Soll die AfD verboten werden? Ja oder nein? Der Text hat den Beschluss des Parteivorstandes zur Grundlage.

Fakt ist, dass sich die AfD seit ihrer Gründung fortlaufend radikalisiert hat. Sie ist heute eine rechtsextreme Partei, die offen das Ziel verfolgt, die Demokratie zu beseitigen. Die AfD hat in ihrem Programm insgesamt eine rassistische, national völkische Ausrichtung verankert, die nicht auf Einzelpersonen oder Teilorganisationen beschränkt ist. Dem Programm der AfD liegt ein völkischer Begriff von Bevölkerung zugrunde, der Menschen nach rassistischen Kategorien einteilt. Die AfD verfolgt ihre Ziele auf allen Ebenen: im Kampf um die Parlamente, als Kulturkampf, als Kampf um Einfluss auf Bildungsinhalte und -institutionen, Verwaltung, Richterämter. Sie geben vor, ihr Rassismus diene der Verteidigung der sozialen Rechte der „Deutschen“. Tatsächlich setzt ihre Politik auf Ausgrenzung und Sozialabbau; sie wollen Löhne und Renten absenken und Arbeitsrechte schleifen.

Wir als Linke stellen uns schon seit längerem mit aller Kraft gegen die Versuche der AfD, die Grenzen des öffentlich sagbaren und machbaren, die Politik und die Gesellschaft nach rechts zu verschieben.

Die AfD kann nur bekämpft werden, wenn Menschlichkeit, soziale Gerechtigkeit, eine solidarische und demokratische Gesellschaft und die Würde und die Rechte aller Menschen verteidigt werden. Wer denkt, die AfD würde geschwächt, wenn die ihre Forderungen erfüllt oder ihre Sprache übernommen würden, hat die Dynamik der derzeitigen Politik nicht verstanden oder versucht unter dem Vorwand, die AfD zu bekämpfen, Wasser auf die eigenen Mühlen zu lenken. Die AfD nutzt für ihre rassistische Mobilisierung den Nährboden, den Sozialabbau, Niedriglohn und die Auslöschung der öffentlichen Daseinsvorsorge geschaffen haben: Das Gefühl, dass das Leben nicht mehr funktioniert, dass der gesellschaftliche Vertrag gekündigt ist, in dem Arbeit gegen soziale Absicherung und ein besseres – oder wenigstens sicheres Leben der Kinder – getauscht wird.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie im Stich gelassen werden und die Versprechungen nicht eingehalten werden – zurecht. Mit ihrer Politik der gebrochenen Versprechen und mit dem Rückzug der staatlichen Verantwortung unterhöhlt die Ampelregierung die Demokratie. Statt Verlässlichkeit im Wandel zu schaffen, wirken die anstehenden Haushaltskürzungen, der geplante Sozialabbau als ein fataler Verstärker. Die Unterfinanzierung des nötigen Umbaus von Industrie und Wirtschaft bedroht Arbeitsplätze und blockiert den Aufbau einer Zukunftsindustrie mit guter Arbeit.

Die Regierung hat das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft. Damit bestärkt sie die AfD und ihre Darstellung der gesellschaftlichen Probleme – als wäre unsere Gesellschaft nicht in der Lage, einige hunderttausend Geflüchtete aufzunehmen. Es ist falsch, wenn die Regierung Migration zum Problem erklärt. Tatsächlich haben die Geflüchteten nichts mit der Wohnungsnot zu tun oder damit, dass es überall an Lehrer*innen, Pflegekräften und Erzieher*innen fehlt. Das ist Ergebnis der Politik der Regierungen der letzten 20 Jahre, die öffentliche Investitionen eingestrichen haben, Steuern für die Reichen gesenkt haben und die Schuldenbremsen zur Religion erhoben haben. Bis in die Kommunen und den Alltag werden die Interessen der einen Bevölkerungsgruppen gegen die anderer gestellt. Wir als Linke, insbesondere natürlich die Linksfraktionen in den Parlamenten haben eine klare Haltung zum Umgang mit der AfD: Es gibt und darf keine Kooperation mit der AfD geben.

Es ist nachvollziehbar, dass es jetzt Forderungen nach einem Verbot der AfD gibt. Ein solches muss auch, inklusive des Verbots einzelner Landesverbände, sorgfältig geprüft und bei Vorliegen der Voraussetzungen auch eingeleitet werden. Doch das wird eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb bedarf es auch jetzt konkreter Maßnahmen, um der AfD die Wirkmächtigkeit und Handlungsfähigkeit zu nehmen:

- Die faschistische AfD darf nicht mit öffentlichen Geldern gefördert werden.
- Es darf keine staatliche Förderung der ihr nahestehenden Desiderius Erasmus Stiftung geben.
- Die Jugendorganisation der AfD, Junge Alternative, die ein Sammelbecken gewaltbereiter oder gewalttätiger Faschisten sind, muss verboten werden.
- Es dürfen keine Waffenscheine an AfD Mitglieder erteilt werden.

Wir unterstützen breiteste Bündnisse gegen rechts aller demokratischen Kräfte. Es braucht endlich umfassende Unterstützung für die Zivilgesellschaft, die sich überall und oft ehrenamtlich den Rechten entgegenstellt. Ihre Aktiven und ihre Infrastruktur vor Ort werden von den Rechten häufig direkt bedroht. Zugleich sind zivilgesellschaftliche Strukturen vielfach unterfinanziert, leiden unter viel zu kurzen Förderzeiträumen und sind von Kürzungen bedroht. Die Ampel-Koalition hatte hier bereits in ihrem Koalitionsvertrag Abhilfe versprochen. Doch die FDP blockiert immer noch das überfällige Demokratiefördergesetz und will die schikanöse Extremismusklausel wiederbeleben, die ausgerechnet antirassistische und antifaschistische Initiativen unter Generalverdacht stellt. Diese Demokratie-Bremse muss endlich gelöst werden. Unsere Solidarität gehört all jenen die sich dem Rechtsruck widersetzen und/oder von ihm bedroht werden. Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft müssen gestärkt werden. Protest, Ziviler Ungehorsam und Aufklärung gegen rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratieverbände sowie Initiativen müssen mit einem echten Demokratiefördergesetz stärker und langfristig finanziell unterstützt werden.

Da ein Verbot einer Partei nur vom Bundesverfassungsgericht auf Antrag des Bundestages, der Bundesregierung oder des Bundesrates erfolgen kann, kann Die Linke gar nicht entscheiden, ob nun die AfD verboten werden sollte. Der Rechtsstaat muss seine Hausaufgaben machen und die notwendigen Schritte einleiten. Als Die Linke kämpfen wir weiter gegen rechte Hetze und für eine solidarische, gerechte Gesellschaft. Beides gehört für uns untrennbar zusammen.

Rico Gebhardt

Kreisvorsitzende



Herausgeber: DIE LINKE Kreisverband Erzgebirge
V.i.S.d.P. C. Roffalski
Spenden für DIE LINKE Erzgebirge oder für die Zeitung mit der Spendenempfehlung von 10 pro Jahr
Kontoinhaber: DIE LINKE Erzgebirge
IBAN: DE56 8705 4000 3329 0004 56
Sitz des Kreisvorstandes
Kirchstraße 5 08280 Aue- Bad Schlema
Internet: www.dielinke-erzgebirge.de
Beiträge und Meinungen an redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung der Herausgebers übereinstimmen. Leser*innenbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht. Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist: 25.03.2024



Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer brauchen Schutz - europaweit!

Gemeinsame Erklärung von Janine Wissler (Parteivorsitzende), Martin Schirdewan (Parteivorsitzender), Cornelia Ernst (Europaabgeordnete), Heidi Reichinnek (Vorsitzende Bundestagsgruppe), Sören Pellmann (Vorsitzender Bundestagsgruppe), Clara Bünger (Bundestagsabgeordnete), Susanne Schaper (Landesvorsitzende Die Linke Sachsen), Stefan Hartmann (Landesvorsitzender Die Linke Sachsen), Juliane Nagel (Mitglied des Sächsischen Landtags) und Mirko Schultze (Mitglied des Sächsischen Landtags) anlässlich des zweiten Jahrestags des Einmarschs russischer Truppen in die Ukraine

Dem Zwang zum Töten und der Angst vor dem Sterben zu entfliehen, gehört im Krieg zu den menschlichsten Regungen und mutigsten Taten. Deserteure und Kriegsdienstverweigerer müssen in ihren Heimatländern drastische Strafen erwarten, ihnen Schutz zu gewähren, ist ein Gebot des Humanismus.

Trotz anderslautender Versprechungen gibt es zwei Jahre nach Beginn des Ukrainekriegs für Menschen, die sich nicht an diesem Krieg beteiligen wollen, nach wie vor keine legalen Fluchtwege nach Europa und kaum Aussicht auf Flüchtlingsschutz in der EU. Nach Schätzungen von Connection e.V. sind seit Februar 2022 mindestens 250.000 Männer im wehrdienstfähigen Alter aus Russland geflohen, um sich der Rekrutierung für den Krieg in der Ukraine zu entziehen. bekommen sollen. Das Versprechen wurde gebrochen. In der Ukraine wurde das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ausgesetzt. Die sich dem Militärdienst entziehenden und Deserteuren drohen mehrjährige Haftstrafen. Schätzungen zufolge sind ungefähr 100.000 militärdienstpflichtige ukrainische Männer nach Deutschland gekommen.

Momentan haben sie den vorübergehenden Schutzstatus. Sollte ihnen nach Auslaufen dieses Status bei Rückkehr in die Ukraine Strafverfolgung drohen, müssen sie in Deutschland Schutz bekommen.

Belarus beteiligt sich offiziell nicht mit der Entsendung von Soldaten am Krieg in der Ukraine. Allerdings wurde in dem Land das Militärgesetz verschärft. Alle männlichen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 58 Jahren wurden aufgefordert, sich bei den zuständigen Militärbehörden zu melden. Außerdem wird der Militärdienst in Belarus häufig als Repressionsinstrument gegen junge Aktivist*innen eingesetzt. Die sich dem Militärdienst entziehenden und Deserteure aus Belarus, die in Deutschland oder der EU Asyl beantragen, brauchen Schutz.

Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht, das gerade in Zeiten des Krieges verteidigt werden muss. Die EU und die Bundesregierung müssen Kriegsdienstverweigerern und Deserteuren aus Russland, Belarus und der Ukraine die Einreise ermöglichen und sie durch das Asylrecht schützen.

Wir fordern:

* Russische Staatsbürger, die sich nicht am völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine beteiligen wollen, müssen in der EU und Deutschland Schutz bekommen. Die Bundesregierung muss das BAMF anweisen, die Entscheidungspraxis entsprechend abzuändern.

* Ein Großteil derer, die aus Angst vor der Einberufung zum Militär aus Russland geflüchtet sind, befindet sich in Drittstaaten, häufig ohne Aussicht auf eine sichere Perspektive. Für diese Menschen müssen humanitäre Visa zur Verfügung gestellt werden, damit sie nach Deutschland bzw. in die EU einreisen können, um hier Asyl zu beantragen.

Kreisverband Zwickau nominiert Kandidierende

* Auch außerhalb des Asylverfahrens müssen Möglichkeiten auf EU, Bundes- und Landesebene für ein Bleiberecht für russische Männer im wehrdienstfähigen Alter gestärkt werden. Das kann unter anderem die unbürokratische Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln zum Studium, zum Familiennachzug oder zu Ausbildung und Beschäftigung umfassen.

* Die Europäische Kommission und die Bundesregierung müssen sich gegenüber der ukrainischen Regierung dafür einsetzen, dass sie das Recht auf Kriegsdienstverweigerung respektiert und Menschen, die sich dem Militärdienst entziehen, die Ausreise ermöglicht.

* Oppositionelle, Menschenrechtsverteidiger*innen, Deserteure und Menschen, die sich dem Wehrdienst entziehen, die aus Belarus fliehen müssen, brauchen Zugang zu humanitären Visa und Schutz in der EU und Deutschland.

Bei einem regelrechten Wahlmarathon haben wir die fünf Direktmandate für die Landtagswahl sowie 46 Kandidatinnen und Kandidaten in allen Kreistagswahlkreisen am Samstag besetzt. Wir sind mit dem Ergebnis sehr zufrieden. Wir haben einen guten Spagat zwischen verdienten

Kommunalpolitikerinnen und Politikern sowie jungen und politisch neuen Personen geschafft

Die Landtagswahlkreise sind wie folgt besetzt. (v.l.n.r.)

- Sven Voitell (Wahlkreis 8 – Zwickau 5)
- René Hahn (Wahlkreis 6 – Zwickau 3)
- Michael Berger (Wahlkreis 7 – Zwickau 4)
- Frank Dittrich (Wahlkreis 4 – Zwickau 1)
- Ute Brückner (Wahlkreis 5 – Zwickau 2)

Pressemitteilung vom Clara Bünger, Mitglied des Bundestags

